

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Wochenausgabe 8 mal. Bezugspreis: monatlich 1.80 Mark. Die Anzeigenpreise: Die einseitige Zeile über deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklameweile 45 Goldpfennig. Bei Wiederholungen der Zeitung infolge höherer Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorfahrung. | Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklameweile 45 Goldpfennig. Bei Wiederholungen der Zeitung infolge höherer Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorfahrung. | Postfachkonto Stuttgart Nr. 5790. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 182

Altensteig Donnerstag den 2. Dezember

1926

Innerpolitisches Durcheinander

Aus Berlin schreibt man:

Zahlreiche Ereignisse in der letzten Zeit dürften den Kennwert unserer innenpolitischen Verhältnisse wohl davon überzeugt haben, daß wir trotz aller Verhandlungen über eine Wehrrechtsbildung im Sinne der Großen Koalition heute mehr denn je davon entfernt sind, auch nur die Voraussetzungen für eine wie immer geartete Koalition auf breiter Grundlage zu finden. Einmal sind es die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien der Mitte und den Sozialdemokraten, die, nach dem Schweigen der maßgebenden Kreise zu schließen, mindestens ohne Ergebnis geblieben sind, weiter wollen wir an dieser Stelle als Beweise für das innere Durcheinander nur verweisen das Hin und Her bei dem Jugendchutzgesetz gegen Schmutz und Schund, die schweren Angriffe gegen den Reichswehrminister Dr. Gessler, die Rede des volksparteilichen Abgeordneten Kardoff in Worms, wo der Reichstag als ein nichtswürdiges Gremium wenig anhängiger Leute bezeichnet und der Ausbau der Position des Reichspräsidenten gefordert wurde, und zum guten Schluß nicht zu vergessen die Tagung des demokratischen Parteiausschusses in Berlin, die alles andere als Beweise innerer Einigkeit gab. Wo wir auch hinschauen, überall sind die Dinge in Fluß. In jeder Fraktion finden sich Spieler und Gegenspieler, überall ist es schwer, stets die mittlere Linie zu finden und sie auch durchzuführen.

Besonders schwierig sind naturgemäß die Verhältnisse in den Parteien und Parlamentsfraktionen, die als ausschlaggebende Flügelgruppen nach rechts und links zu bezeichnen sind. In den Sozialdemokraten hin ist es die Deutsche Demokratische Partei, zu den Deutschnationalen hin die Deutsche Volkspartei. Es liegt auf der Hand, daß je nach der politischen Konjunktur der rechte oder linke Flügel der bürgerlichen Minderheitsregierung Vorteile oder Nachteile zu buchen hat, die sich unter Umständen in steigenden oder sinkenden Mandatziffern ausdrücken.

Wir befinden uns in einem Stadium innerpolitischer Entwicklung, das sein besonderes Kennzeichen durch die zahlreichen Strömungen erhält, die neuen Formen, einer neuen Grenzsetzung zwischen den Parteien zustreben. Das ist an und für sich eine ganz gesunde Entwicklung, denn das deutsche Bürgertum wird sich in Zukunft gegenüber der proletarischen Linken nur behaupten können, wenn es in sich geschlossen und einig wird. Diese Geschlossenheit ist letzten Endes ja auch die Voraussetzung für ein Zustandekommen der von manchen heiß ersehnten Regierung der Großen Koalition. Noch größeren Wert aber und noch größerer Nachdruck als auf das Zustandekommen einer derartigen parlamentarischen Konstellation ist darauf zu legen, daß man sie in der Praxis des politischen Alltags mit seinen vielen Klippen und Sandbänken durchhält. Zu bedauern ist natürlich, daß der allgemeine Gesundheitszustand nur langsam vorwärts geht. Er braucht auch nicht unbedingt zu dem Wirtswort zu führen, den wir zurzeit vor uns sehen. Das Ganze ist eine Frage der Führung nicht nur in dieser oder jener Partei. In fast allen Lagern macht sich mindestens das Fehlen eines energiegelichen und zielbewußten Streikers und Einheitsführers bemerkbar. Insofern hat der Abgeordnete v. Kardoff etwas recht, wenn er dieses Minus an auserlesenen Führern in den Parteien zum Anlaß nimmt, die Position des Reichspräsidenten erheblich zu verstärken.

Die Parteien aber müssen immer und immer wieder die Tatsache erkennen lernen, daß das souveräne Volk dem Reichstag die Ausübung seiner Rechte übertragen hat. Nur aus dem Volke heraus, nur durch den Reichstag und die Parteien kann die deutsche Demokratie gefunden, nicht aber dadurch, daß man den obersten Repräsentanten mit Vollmachten ausstattet, die ihm nicht zukommen und durch die Volk und Parlament sich nur ein Armutzeugnis ausstellen würden.

Deutschland zur Kontrollfrage

Eine Note an den Generalsekretär des Völkerbundes

London, 1. Dez. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ veröffentlicht heute folgendes Memorandum, das die deutsche Regierung bereits vor längerer Zeit an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet hat:

Die deutsche Regierung hat auf das sorgfältigste die Beschlüsse des Völkerbundesrats und die anderen Dokumente geprüft, die sich auf die Anwendung des Art. 213 des Versailler Vertrages beziehen und die der deutschen Regierung in Ihrem Schreiben vom 19. März und 10. Juni vergangenen Jahres mitgeteilt

wurden. Die deutsche Regierung ist bereit, in Übereinstimmung mit Artikel 213 des Versailler Vertrages sich jeder Investigation (Kontrolle) zu fügen, die der Völkerbundesrat mit Wehrrechtsbeschlüssen für notwendig erachtet. Sie ist weiterhin bereit, jede Erleichterung für die Ausübung dieser Kontrollmaßnahmen innerhalb der Grenzen des Versailler Vertrages zu gewähren. Die Möglichkeit einer derartigen Kontrolle gewährt der deutschen Regierung ein gewisses Maß von Schutz gegen unangelegentliches Anschuldiungen. Die Beschlüsse und die Dokumente, die uns vorliegen, veranlassen uns insofern zu folgenden Bemerkungen:

1. Nach Inhalt und Wortlaut kann der Artikel 213 die Kontrollmaßnahmen nur in gewissen Fällen rechtfertigen, nämlich wenn bestimmte Umstände zu dem Glauben berechtigen, daß Deutschland es unterlassen hat, die Verpflichtungen auszuführen, die ihm nach den Entwaffnungsbestimmungen des Vertrages auferlegt sind. Aber er kann keine dauernde oder periodisch sich wiederholende Kontrolle rechtfertigen. Die deutsche Regierung setzt voraus, daß die Beschlüsse des Völkerbundesrats ebenfalls auf dieser Anschauung über den betreffenden Artikel aufgebaut sind. Inwiefern kann das ausführliche Programm für die Kontrollkommission und ihr zahlreicher Stab den Grund zu der Befürchtung geben, daß die Absicht bestünde, die vom Artikel 213 vorsehende Kontrolle umzuwandeln.

2. Die Maßnahmen hinsichtlich der Einrichtungs von künftigen Kontrollorganen in entmilitarisierten Zonen, wie sie im Kapitel 5 der Beschlüsse des Völkerbundesrats vom 27. September vorgesehen sind, können keine Anwendung auf die entmilitarisierte Rheinlandszone finden, da die Rechte des Völkerbundes auf Grund des Artikels 213 auf die Bestimmungen des fünften Teiles des Versailler Vertrages beschränkt und nicht anwendbar sind, inwiefern als der dritte Teil des Vertrages von Versailles weitergehende Bestimmungen hinsichtlich des besagten Gebietes enthält von dem die Rede ist. Ferner muß auch in diesem Falle darauf hingewiesen werden, daß die im Artikel 213 vorsehende Kontrolle nicht die Einrichtungs eines dauernden Kontrollorganes rechtfertigen kann.

3. Die deutsche Regierung ist bereit, den Mitarbeitern der Kontrollkommission des Völkerbundes jede zur Durchführung ihrer Aufgaben notwendigen Erleichterungen zu gewähren. Aber die Machtbefugnisse, welche der Kontrollkommission vom Völkerbund für ihre Beziehungen zu deutschen Behörden und in gewissen Fällen zu deutschen Bürgern gegeben werden sollen, geben beträchtlich über das hinaus, was die deutsche Bevölkerung zuläßt und was zur Erreichung des angestrebten Zieles notwendig ist. Die deutsche Regierung glaubt nicht, daß einer Verständigung über diese Punkte besondere Schwierigkeiten im Wege stehen und behält sich das Recht weiterer Vorschläge vor.

ges. Strefemann.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ bemerkt zu dem Memorandum folgendes: Es verlaute, daß die britische Regierung es ablehne, irgendwelche Forderungen zu entsprechen: 1. der Errichtung irgendwelcher permanenter Komitees in der entmilitarisierten Zone; 2. dem Anspruch, daß dem Vorsitzenden der Völkerbundsunterkommission und seinen Kollegen das Recht zustehen solle, irgendwelche Untersuchungen nach eigenem Gutdünken anzustellen, ohne die Instruktionen des Völkerbundesrats auf Grund einer Rechtsentscheidung abzuwarten.

Auf Grund eingehender Informationen kann die Telegraphen-Union bestätigen, daß der von dem „Daily Telegraph“ gebrachte Text der Note richtig ist. Die Reichsregierung hält sich auch jetzt in vollem Umfange an die in der Note gebrachten Vorbehalte gebunden.

Frankreichs Sicherheit

Die außenpolitische Debatte in der französischen Kammer zwingt zu einer nochmaligen Erörterung der deutsch-französischen Beziehungen, obwohl nach der reichlich unfreundlichen Haltung der französischen Presse Anlaß wäre, diese Dinge zunächst einmal auf sich beruhen zu lassen. Die Auslassungen aber, die verschiedene französische Abgeordnete der Linken über das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland gemacht haben, machen eine nochmalige Stellungnahme notwendig. Zum ersten Male hörten wir von dieser Seite her, die bisher das meiste Verständnis für die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Annäherung auch auf politischem Gebiete gezeigt hat, daß gegen eine vorzeitige Räumung der Rheinlande Bedenken beständen. Begründet werden diese Bedenken mit der Sicherheit Frankreichs und mit dem Interesse an der Erhaltung der republikanischen Staatsform in Deutschland, die eine Garantie für den Frieden sei. Wir können dieser seltsamen Logik auch nicht einen Schritt folgen. Der Bestand der republikanischen Staatsform ist doch wahrhaftig nicht von Frankreich abhängig. Von einem Schutz der deutschen Republik durch die französischen Bajonette auf dem linken Rheinufer kann auch nicht ein Augenblick die Rede sein, im Gegenteil, wenn etwas ihren Bestand gefährden

kann, so ist es die fremde Besatzung, die durch ihre Dauer eine Popularisierung der gegenwärtigen Staatsform im deutschen Volke außerordentlich erschwert.

Aber auch Frankreichs Sicherheit wird ja in keiner Weise durch die französische Rheinarmee garantiert. Ein Volk von der Lebenskraft des deutschen läßt sich durch Bedrohungen auf die Dauer nicht in Schach halten, wenn es die fremde Armee als unerträgliche Belastung empfindet. Gerade die Tatsache, daß noch immer annähernd 100 000 Mann fremder, sogar zum Teil farbiger Truppen am deutschen Rhein stehen, ist also die eigentliche Bedrohung der französischen Sicherheit. Uebrigens hat Deutschland ja bereits im Pakt von Locarno alle erdenklichen Garantien dafür gegeben, daß es nicht die Absicht hat, die Frage der Westgrenzen jemals kriegerisch zu lösen. In logischer Konsequenz von Locarno hätte also die Rheinarmee der Entente verschwinden müssen. Und wenn es wirklich nur der Gedanke an die Sicherheit der französischen Grenzen ist, der die ängstlichen Gemüter in Paris beim Gedanken an Deutschland bewegt, nun, dann sehe man das Werk von Locarno fort, wie es in Thoiry geplant war und ein befreites Deutschland wird der beste Garant der französischen Sicherheit sein!

Briands Kammerrede über die Außenpolitik

Paris, 30. Nov. In der Kammer ergriff Außenminister Briand das Wort, um in einer zweistündigen Rede über die gesamte Außenpolitik der französischen Regierung sich auszusprechen. Zu Beginn seiner Rede verbreitete sich Briand über die französische Politik in Tunis, erläuterte den Standpunkt der französischen Regierung zu den Erklärungen in China und sprach sodann über die französisch-italienische Zwischenfälle, die die öffentliche Meinung in Frankreich erregt hätten. Alsdann ging Briand dazu über, die Politik von Locarno und Thoiry zu erörtern. In seinen Ausführungen erklärte Briand, er sei der Ansicht, daß ein dauerhafter Friede ohne eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich nicht zu erzielen sei. Die Politik von Locarno habe den Zweck gehabt, zu ermöglichen, daß die Konflikte zwischen den Nationen auf juristischem Wege ausgetragen werden könnten. Rühmend sagte er: „Ich will mich bemühen, den geheimnisvollen Schleier zu lüften, der die Außenpolitik der Regierungen zu umgeben scheint. Locarno ist keine kleine Sache. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ebensowenig. Bedenken wir, daß das Deutsche Reich freiwillig die Grenzen anerkannt hat, die der Versailler Vertrag schuf, daß es durch den Eintritt in den Völkerbund sich bereitwillig associiert hat, an dem Werk des Friedens mitzuarbeiten. Deutschland verspricht auf den Krieg und schließt sich dem Gedanken schiedsrichterlicher Vereinbarungen an. Ich warne vor der Ausschlagung tendenziöser Berichte, die den Reden des Reichsaußenministers Strefemann einen anderen Charakter geben, als sie wirklich besitzen. Gewiß ist noch eine Reihe von Differenzpunkten zwischen Berlin und Paris vorhanden. Diese Schwierigkeiten zu überwinden, ist die Aufgabe der sachlichen diplomatischen Verhandlungen, die jetzt im Gange sind. Denn keiner wird wohl bestreiten, daß in einer Herberse am Fuße des Jura nicht mit einem Schlag die Situation zwischen Deutschland und Frankreich geklärt werden konnte. Die blutige Vergangenheit zu vergessen ist nicht das Werk eines Augenblicks. Guter Wille muß auf beiden Seiten vorhanden sein. Denn es gilt, endlich das Kriegsgespenst zu bannen und die Gefahr eines Krieges, in dem es weder Sieger noch Besiegte geben kann, eines Krieges, der das Ende Europas bedeuten würde, endgültig zu verschwinden. Das will nicht sagen, daß Frankreich den Frieden um jeden Preis in Kauf nehmen kann. Friede und Sicherheit sind zwei sehr miteinander verknüpfte Begriffe. Wir müssen die Sicherheit Frankreichs im Schoße des Völkerbundes regeln und ein unabhängiges Organ schaffen, das nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung des bisherigen Kontrollsystems darstellt.“ Briand formulierte die Aufgaben der unter der Ägide des Völkerbundes stehenden Kontrollorganisationen im Geiste des Investigationsplanes, der die künftige Beaufsichtigung vorseht. Er betonte nicht mit einem Wort die Tatsache, daß Deutschland an der Ausarbeitung des Planes nicht teilgenommen hat, und er verzichtete auch darauf, den Kernpunkt der gegenwärtigen diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Paris, nämlich die endgültige Regelung des Investigationsverfahrens, zu erwähnen. Als Briand auf seinen Sitz zurückkehrte, schüttelte ihm Poincaré die Hand. Der Abg. De Jardiens erklärte, daß die Abgeordneten der Rechten dagegen protestieren, daß Briand in Genf sagte, Franzosen und Deutsche hätten auf den Schlachtfeldern in gleicher Weise eine ruhmreiche Ernte davon getragen. Briand fand starken Beifall. Das Budget des Außenministeriums wurde angenommen.

Das Pariser Echo der Briand-Rede

Paris, 1. Dez. Die Ausführungen Briands in der Kammer über die französische auswärtige Politik werden von der Linken mit lebhafter Begeisterung und voller Anerkennung des unbedingten Verhandlungswillens Briands begrüßt. Die Rechte dagegen ist empör

Neues vom Tage

Die Mitglieder des Reichsbahnverwaltungsrates
 Berlin, 1. Dez. Laut „Lokalanzeiger“ hat das Reichskabinett die Wiederernennung der drei ausgelassenen Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn v. Sotoki, Dr. Luther und v. Siemens beschlossen.

Seine Abberufung der interalliierten Kontrollkommission vor März 1927

Paris, 1. Dez. Nach übereinstimmenden Meldungen der Morgenblätter aus London haben die zwischen Paris und London gepflogenen diplomatischen Verhandlungen über die Militärkontrolle bereits zu einer fast vollständigen Einigung zwischen England und Frankreich geführt. An eine Abberufung der interalliierten Militärkontrollkommission sei vor März 1927 nicht zu denken. Bis zur endgültigen Regelung der Frage der Militärkontrolle durch den Völkerbund werde das Inspektionsprotokoll von 1924 funktionieren.

Frankreich kann die deutschen Kolonien nicht zurückgeben
 Paris, 1. Dez. Beim Budget für die Kolonien erklärte der Berichterstatter, es sei Frankreich nicht möglich, sein Mandat über Kamerun oder Togo an Deutschland zurückzugeben, da diese beiden Gebiete die Mitte des französischen Kolonialgebietes bilden. Die Deutschen hätten Gleichberechtigung in Togo und Kamerun und dürften auch Grundbesitz erwerben.

Eine polnische Note in Berlin überreicht

Warschau, 1. Dez. Wie die polnische Telegraphenagentur mitteilt, hat der polnische Gesandte in Berlin eine Note überreicht, in der die polnische Regierung gegen die Ausführungen des Abgeordneten Emminger im Reichstage über die ostpreussischen Gemeinderatswahlen Protest einlegt. Diese Ausführungen, die in Anwesenheit von Vertretern der Reichsregierung geschehen seien und einen Eingriff in innere Angelegenheiten Polens bedeuteten, seien geeignet, die deutsch-polnischen Beziehungen ungünstig zu beeinflussen.

Der Protest der polnischen Regierung ist insofern nicht ganz verständlich, als es sich um eine Erklärung politischer Parteien handelt, auf deren Form und Inhalt die Regierung keinen Einfluss hat. Den Parteien als solchen wird man nach der materiellen Seite hin das Recht nicht bestreiten können, zu dem Ergebnis einer Wahl in einem ehemals deutschen Gebietsteil Stellung zu nehmen, das die Verbundenheit dieses Gebiets mit der deutschen Kulturgemeinschaft zum Ausdruck bringt und in diesem Sinne die Sicherung der Erhaltung dieser Gemeinschaft zu fördern.

Bundeskanzler Seipel über die Beziehungen zu Italien
 Wien, 1. Dez. Im Budget- und Finanzausschuss des Nationalrates führte Bundeskanzler Seipel über die Beziehungen zu Italien u. a. aus: Ein wirklich gutes Verhältnis zwischen Italien und uns kann solange nicht Wirklichkeit werden, wie die Klagen von jenseits des Brenners nicht verstummen. Wir vertreten die Interessen der in Italien lebenden österreichischen Staatsbürger energisch, können uns aber in italienische Parteiverhältnisse nicht einmischen. Der Tatsache, daß in letzter Zeit unsere Zeitungen in die deutschen Teile des Brenners nicht eingeführt werden dürfen, liegen offenbar Maßnahmen lokaler Behörden zu Grunde. Wenn ein allgemeines Verbot der Einfuhr deutscher Zeitungen in Italien nachgewiesen werden sollte, wäre die Anwendung von Repressalien zu erwägen. Was das Verhältnis zu der Person Mussolinis anbelangt, so muß ich es aus Gründen der politischen Klugheit zurückweisen, gegen Männer, die andere Staaten an die Spitze gestellt haben, Stellung zu nehmen.

ien zu erwägen. Was das Verhältnis zu der Person Mussolinis anbelangt, so muß ich es aus Gründen der politischen Klugheit zurückweisen, gegen Männer, die andere Staaten an die Spitze gestellt haben, Stellung zu nehmen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 1. Dez.

Am Mittwoch wurde die zweite Nachtragslotterie fortgesetzt, und zwar beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) berichtet über die Ausschussberatungen. Der Ausschuss habe für Zwecke der Kinderpeisung 2 Millionen Mark eingestellt. Er ersucht ferner die Reichsregierung kleine Winterbetriebe mit weniger als 1000 Kbständen, auch wenn sie nebenbei Ackerwirtschaft betreiben, bei der Verteilung der Kostendebatte angemessen zu berücksichtigen. — Die Kommunisten fordern eine Erhöhung der Mittel für Kinderpeisung auf 5 Millionen Mark, ferner als Kostendebatte zum Ankauf von Dynamit für notleidende bäuerliche Familienbetriebe 20 Millionen Mark. Die Regierungsparteien beantragen, 200 000 Mark zu bewilligen zur Unterstützung der ostpreussischen See- und Küstenfischer, insbesondere des Bezirks Pillau die durch den Seekrieg mit Polen infolge der verbotenen Fischausfuhr geschädigt sind.

Nach weiterer Aussprache wird der Antrag zugunsten der ostpreussischen Fischer dem Haushaltsausschuss übergeben. Die kommunistischen Anträge werden abgelehnt und der Haushalt des Ernährungsministeriums genehmigt.

Es folgte die zweite Beratung des Nachtragshaushalts des Reichsinnenministeriums. Verbunden mit der Beratung wird eine sozialdemokratische Interpellation über das Verbot des Potemkinfilms in Württemberg und Bayern und eine deutschnationalistische Interpellation betreffend Vorlegung eines Reichsschulgesetzentwurfes.

Abg. Crispien (Soz.) begründet die sozialdemokratische Interpellation. Der künstlerische Wert des Potemkinfilms sei unbestritten. Der Film sei in Preußen 10 000 Mal ohne jede Störung aufgeführt worden. Durch ein hinterhältiges Verfahren habe man in Württemberg das Verbot trotz der Entscheidung der Oberprüfstelle weiter ausbreiten lassen. Der Stadtschulrat von Bietigheim, wo der Film trotzdem aufgeführt wurde, sei deshalb vom Stuttgarter Polizeipräsident beim Würt. Innenminister angezeigt worden. (Hört, hört!) Der Redner richtet heftige Angriffe gegen den württembergischen Innenminister Vols, der in seiner reaktionären Einstellung mit dem Verbot einen glatten Rechtsbruch begangen habe. Hinter dem württembergischen Verbot ständen das Reichswehrministerium und das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung, die man ernstlich in ihre Schranken zurückweisen müsse. Die preussische Regierung sei einem gleichen Ansinnen mit Entzückung entgegengetreten.

Reichsinnenminister Dr. Kuls erklärt in Beantwortung der Interpellation, daß er sich mit der bayerischen und württembergischen Regierung wegen der Angelegenheit in Verbindung gesetzt habe. Da die Antwort der württembergischen Regierung noch ausstehe, könne er sich ein abschließendes Urteil zurzeit nicht bilden. Sobald diese Antwort vorliegt, sei er bereit, die Interpellation inhaltlich zu beantworten. (Lebhafte Entrüstungsrufe bei den Sozialdemokraten und Kommunisten, die erneut auf den auf seinem Abgeordnetenstuhl sitzenden würt. Abg. Vols weisen.)

Abg. Dr. Philipp (Da.) erklärt, er fenne den Potemkinfilm nicht. Wenn er aber revolutionäre Tendenzen habe, könne er seinen künstlerischen Gehalt haben. Die Tatsache, daß die Welt zu schaffen, daß die entscheidenden Stellen, besonders die Reichswehr den Film gefährlich für die Republik gehalten haben. Der Redner begründet dann die Interpellation zum Schulwesen. Der Schielese Entwurf sei durch Indiskretion kaputt gemacht worden. Er war besser, als sein Rufm, und in seinen Grundzügen durchaus brauchbar. Die Mehrheit des Volkes verlange die christliche Schule. Man könne die Schwerearbeiten des Ministers Kuls aber verstehen, da seine eigene Partei ja immer in letzter Stunde ausbreche. Wenn es jetzt nicht gelinge, ein Schulgesetz auszuarbeiten, dann sei es ironisch, ob später noch einmal die Möglichkeit dazu bestehe. Die deutschnationalistische Fraktion sei einseitlich in der Forderung eines christlichen Schulgesetzes.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 1. Dez. Auf der Tagesordnung am Mittwoch stand bei vollem Hause die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes. Es kam aber nur zu kleinem Geplänkel.

Zu Art. 1 Nr. 3 hat der Abg. Roth (Dem.) den Antrag eingebracht, daß auch die Handelsvertreter, Steuer- und Wirtschaftsberater und Bücherrevisoren von der Gewerbesteuer befreit sein sollen.

Finanzminister Dr. Dehlinger weist demgegenüber darauf hin, daß in dem vorliegenden Entwurf nur möglichst wenig von dem Gesetz von 1922 abgewichen worden sei. Der Antrag Roth widerspreche den Bestimmungen des Reichsgesetzes. Zudem haben sich im Jahre 1922 sowohl Minister Schall, wie auch der Abg. Henne gegen die Ausnahmefälle der Handelsvertreter von der Gewerbesteuerpflicht ausgesprochen. (Hört, hört! rechts.) Der Antrag Roth wird hierauf abgelehnt, ebenso ein Antrag Winter, der auch die Rechtskonsulenten und Naturbeiländlichen von der Gewerbesteuer ausgenommen wissen will.

Zu Art. 1 Nr. 5, wonach Grundstücke, die öffentlichen, gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen, von der Gewerbesteuer ausgenommen sein sollen, beantragt Abg. Winter (Soz.), daß die Durchführungsvorschriften zum vorliegenden Gesetz vor deren Erlassung dem Landtag mitgeteilt werden. Rothbach (Komm.) beantragt, die Worte „oder kirchliche“ (Zwecke) zu streichen. Der Antrag Winter wird abgelehnt, ebenso der Antrag Rothbach und auch (mit 29 gegen 25 Stimmen) ein Antrag Voss (Str.), wonach auch die Feuerwehren für kirchliche Zwecke von der Gewerbesteuer befreit sein sollen.

Zu Art. 1 Nr. 8 beantragt der Steuerausschuss, daß die gewerblichen und landwirtschaftlichen Genossenschaften von der Gewerbesteuer befreit sein sollen, sofern das gewerbliche Betriebskapital 10 000 Mk. (seither: „sofern der gewerbliche Reinertrag 12 000 Mk.“) nicht übersteigt. Roth (D. Pa.) beantragt: „bis zu einem Betriebskapital von 25 000 Mk.“ Ein Antrag Winter (Soz.) will auch die gemeinnützigen Körperchaften und Siedlungsunternehmen steuerfrei lassen. Beide Anträge wurden abgelehnt. Bei der Besteuerung des Gewerbes im Umberziehen wurde ein Antrag Rothbach (Str.) angenommen, wonach die Detailkreidende ausgenommen sind, die lediglich Muster bei sich führen. Dann kam man zur Beratung der Gewerbesteuer, wo über 40 Anträge vorliegen, darunter ein kommunistischer, der dem Finanzminister das Vertrauen entzieht. Fortsetzung: Donnerstag 9 Uhr

Regierungsantworten auf Kleine Anfragen

Bei den Ministerbefragungen in Berlin am 1. und 2. Nov. ist der würt. Finanzminister nachdrücklich wegen einer Verletzung der Gebäudeversicherungspflicht verurteilt worden. Der Reichsfinanzminister hat die Freilassung dieser Ausländer bei der weiteren Bearbeitung des Gesetzentwurfes über den Finanzausgleich zugesichert.

Ein Personalnachtrag zum Staatshaushaltsplan für 1926 und 1927 wird zurzeit bearbeitet. Er wird beim Landtag mit landtäglicher Beschleunigung eingebracht werden.

Der Umbau der Völkmarbahn in Völkmar kann in den nächsten Arbeitsbeschaffungsplan schon deshalb nicht aufgenommen werden, weil die Vorbereitungen noch nicht getroffen sind und auch nicht rasch getroffen werden können. Ob die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Extragsfähigkeit es rechtfertigen, die Bahn auszubauen, insbesondere bevor andere schon länger vorliegende und dringende Bahnwünsche befriedigt sind, muß noch geprüft werden.

Die von der Oberamtsparafasse Stuttgart-Amt zugunsten der krankebauenden Landwirte auf den Fildern im letzten Jahr gewährten Kostensubventionen seien sich aus einem Staatskredit und einem Kredit der Landesparafasse zusammen. Der Oberamtsparafasse wurde gestattet, von dem Staatskredit am 31. Dezember 1926 nur ein Drittel und die beiden restlichen Drittel erst auf 31. Dezember 1927 und 1928 zurückzusahlen. Außerdem wurde der Zinsfuß um 1 Prozent herabgesetzt. Wegen der Verlängerung des Darlehens der Landesparafasse wird das Amtsamt Stuttgart die erforderlichen Schritte unternehmen. Bei der Einforderung der Staatssteuern für 1926 wird den beteiligten Fildergemeinden so weit als möglich entgegengekommen.

Du bist mein!

Roman von H. v. Erlin

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.

Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Ein leiser, ächzender Laut ertönte und erstarrte unter den gefalteten Händen, die Angelika an die Lippen presste. Hartmut aber stand sekundenlang, als hätte ihn eine Faust mitten ins schmerzlächte Gesicht getroffen; dann wandte er sich herum und ging in sein Zimmer, wo er sich auf einen Stuhl warf und den Kopf in die Hände vergrub. Was da in ihm rief und wühlte, Schmerz, Mangelgefühl, das sich empörte gegen das, was ihn zu unrecht trat — und noch, er — anderes, das an ihm emporkroch — schauernd. Furcht vor dem Gedanken: wenn es zum Ärgsten käme —

Sein Vater, dessen Anblick die Sorge nur weniger Stunden mit Furchen des Grams durchzogen hatte — wenn es auch für ihn zum Ärgsten käme —

Und das holdselig junge Geschöpf, das bleich, verstört an des alten Mannes Seite stand, bangend gleich diesem, und ihn anklagend, schuldig sprechend gleich diesem —

Er war wieder emporgesprungen, in das Wohnzimmer hinabgegangen, stand wartend, lauschend, ob draußen nicht ein leichter Tritt erklänge, ob eine leise Hand die Tür öffnete. Ob sie noch immer bei seinem Bruder weilte?

Wieder sah er, die Stirn auf die geballten Fäuste gestützt.

Und dann sprang er abermals empor, der Tür zu, die sich geöffnet hatte. Vor ihm Angelika, auf der Schwelle stehend, blaß, ratlosen Schrecken in den Augen, die noch von Tränen glänzten.

„Angelika“ — Nur ihren Namen vermochte er hervorzupressen. Da hielt sie wieder wie vorher die gefalteten Hände gegen ihn erhoben.

„Was haben Sie getan — o Gott, was haben Sie getan! Wenn er stirbt —“

... dann bist du sein Mörder geworden. — Was ihre Lippen nicht auszusprechen, ihre brechende Stimme, die

gutart, mit der sie nach ihm drängt, jähren es ihm zu und es hallt nach in ihm, dröhnt und schmettert wie „Joanans des Gerichts“:

„Wenn er stirbt, bist du der Mörder geworden — deines Bruders Mörder!“

Wenn er stirbt — herbei! Am Gottes Barmherzigkeit willen, stand es so schamlos mit ihm?

„Angelika — recht es — so schlimm —“
 kaum verständlich stiegen ihm die Worte aus der Kehle heraus und ihr kam ein Grausen vor dem, was in seinen Augen brannte. Ihre Hand hatte — aber nach der Türschwelle und so stürzte sie:

„Er hat eine innerliche Verletzung — ... Nacht wird das Fieber kommen, sagen die Ärzte —“

Dann war sie entsetzt.

Hartmut stand wie erstarrt. Dann holte er Wort ihn wieder ausgerüttelt — Fieber, das ausbreiten würde — Delirien, in denen er aus dem Krankenbett — nicht redete — Phantasien, in denen er dem wachenden Vater verriet, was dessen Wissen erport bleiben sollte.

Er mußte Oswald sprechen! Mühte mit seinem Wort bis zu dessen klarem Bewußtsein hindurchzudringen suchte, um ihm die Verurteilung zu geben, daß — sein leichtfertiger Streich aus der Welt geschafft sei.

Auf den Hof hinaus war Hartmut gegangen, hin zu den Wirtschaftsräumen, wo Frau Reichmann um diese Stunde zu inspizieren pflegte. Als er die Erwartete sah, eilte er ihr entgegen, die vor ihm keinen freien Ausblick fand.

„Ich muß meinen Bruder sprechen und bitte Sie darum, zu bewerkstelligen, daß ich das allein und ohne Wissen meines Vaters tun kann.“

Jetzt blickte ihn Frau Reichmann sählings an, als ob er Ungeheuerliches von ihr verlangte.

„Wir zittern um Ihres Bruders Leben — die leiseste Aufregung kann ihm den letzten Streich versetzen.“

Stumm suchte es um seinen Mund, als er antwortete:

„Was ich meinem Bruder zu sagen habe, dient einzig zu seiner Ruhe.“

Schweigend sann sie eine Weile nach, dann sagte sie: „Ich werde Sie benachrichtigen, wenn ich für Ihren Wunsch die Möglichkeit der Erfüllung schaffen kann.“

— Da Abend war zur Nacht geworden. In seinem

Zimmer sah Hartmut und wartete. Wertlose Stunden quadd, bis es endlich wie ein lautes Fischen die Treppe herauf kam und er die Tür geöffnet hielt, noch ehe die leisen Schritte diese erreicht hatten.

Frau Reichmann stand draußen. Ein Blick in ihr Gesicht, dann war er, ohne eines Wortes erst gewandt, an ihr vorüber die Treppe hinabgeglitt. Lautlos trat er ein in seines Bruders Zimmer.

Sein Bruder. — Als kleiner Junge war er manchmal, wenn keiner es sah, herbeigeflüchten und hatte die blonden Locken des schlafenden Kindes gestreichelt. Und dann — wann hatte er es wohl zuerst in sich verspürt, das Gefühl, das sich in ihm erhob, sich auf den anderen zu stürzen wie auf einen Feind? Reid — Daß — hätte er ihn wirklich, seinen Bruder, hatte er ihn je gehaßt?

Er starrte auf den bleichen Kopf, der vor ihm mit geschlossenen Augen auf den Kissen lag. Nichts männlich Festgewordenes in den schönen Zügen, die verfallen schienen in wenig Stunden und über denen Todesblässe lag.

Wie Todesblässe packte er Hartmut selber an, der Gedanke, der plötzlich Gefühl anzunehmen schien. So furchtbar die Strafe, so die Sühne der Gerechtigkeit, vom Schicksal herbeigezwungen durch seine Hand — seines Bruders Richter! So hatte er es nicht gewollt, so nicht! Nicht seine Jugend zerbrechen, hart sie anfallen, um so vielleicht Wortsches noch zum Halt zu zwingen.

Ueber den Ruhenden hatte er sich hinabgebogen und leise ihn berührt —

„Oswald.“

Ein Aufzucken, ein Hin- und Hertasten der Hände, dann ein jähes, weites Öffnen der Augen, ein entsetzt umherstarrerndes Bild, der plötzlich klar ward und erkennend an dem Bruder haletete.

„Sei ruhig,“ sagte dieser leise, sich dichter hinabbeugend. „Du kannst es sein. Alles ist geordnet. Heute mag weiter daran, so lange du hier liegst und — erspare unserem Vater jedes Wissen.“

Oswalds Augen hatten sich an ihm festgeböhrt. Er laß die Worte von seinen Lippen, zwang sich die Bedeutung in die wirrgehenden Gedanken hinein und wiederholte es ganz langsam, als schleppe er mit jedem Worte eine schwere Last herbei.

(Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 2. Dezember 1926.

Antliches. Die Pfarrei Rotenberg, Def. Cannstatt, ist dem Pfarrrer Kappus in Keunel, Def. Freudenstadt, übertragen worden.

Verzugszuschläge und Verzugszinsen bei Steuerrückständen und über die Zinsen bei Steuerfälligkeiten. Im Anschluß an die Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 8. November 1926 über die Verzugszuschläge und Verzugszinsen ist durch Verordnung der Württ. Ministerien des Innern und der Finanzen vom 26. Nov. 1926 bestimmt worden, daß Verzugszuschläge nach Art. 4 der Landessteuerordnung mit Wirkung vom 1. Dezember 1926 ab nicht mehr zu erheben sind und daß an ihrer Stelle bei nicht rechtzeitiger Entrichtung von Zahlungen Verzugszinsen von 10 Prozent jährlich vom Tag der Fälligkeit (ausschließlich) an zu zahlen sind. Als Tag der Fälligkeit ist bei der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer nebst Gemeindeumlage und bei der Gebäudeverschuldungssteuer für jedes Zwölftel der Jahressteuerschuld der 8. des Monats anzusehen. Der Zinssatz für Steuerschulden mit mindestens 5 Prozent und höchstens 6 Prozent jährlich bleibt unverändert. Entsprechend dieser Regelung werden bei verspäteter Ablieferung der staatlichen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und Gebäudeverschuldungssteuer durch die Oberamtspflegen an die Staatshauptkasse künftig statt des bisherigen Verzugszuschlags Verzugszinsen von 10 Prozent jährlich vom Tag der Fälligkeit der Lieferungsschuld (20. jeden Monats) an berechnet werden.

Schulferien im Kalenderjahr 1927. An allen Volk- und Mittelschulen, an den allgemeinen Fortbildungs- und Sonntagsschulen, den höheren Schulen (einschließlich der Bürgerschulen), den Lehrerbildungsanstalten, den Taubstummenanstalten und den Weisenhäusern schließt nach einer Bekanntmachung des Kultusministeriums das Schuljahr 1926-27 am 31. März und beginnt das Schuljahr 1927/28 formell am 1. April 1927. Die Verteilung der Schulferien im Kalenderjahr 1927 ist folgende: von Gründonnerstag, 14. April bis Ostermontag, 18. April (Berechnung 5 Tage) vom 24. bis 31. Dezember je einschließlich (Berechnung 8 Tage). Im übrigen gilt nachstehende Ordnung: Die höchsten Schulen mit Oberklassen sowie die Bürgerschulen haben Weihnachtsferien vom 1. bis 6. Januar je einschließlich = 6 Tage, Osterferien vom 1. bis 19. April je einschließlich = 19 Tage, Pfingstferien am 4., 7. und 8. Juni = 3 Tage, Sommerferien vom 25. Juli bis 5. September je einsehl. = 43 Tage, Weihnachtsferien vom 24. bis 31. Dezember je einsehl. = 8 Tage. Dazu kommen 6 bewegliche schulfreie Tage. Als bewegliche Feiertage für die Schulen von Groß-Stuttgart kommen in Frage: Samstag, 5. Februar, Montag, 7. März, Donnerstag, 16. Juni, der Haupttag des landwirtschaftlichen Hauptfestes, Dienstag, 1. November und Montag, 28. November.

Regold, 1. Dez. (Berunglückt.) Vorgestern abend verunglückte der in den Vorjahren stehende Hilfswärter K. Lohmiller von hier dadurch, daß bei einem in der Richtung Altensteig gehenden auf ein Untergestell gefahrter großer Wagen die Steifstoppel des Untergestells riß u. Lohmiller den Kopf zwischen Steifstoppel und einem Eisenbahnwagen klemmte, sodaß er schwere Quetschungen davontrug.

Wildbad, 1. Dez. Im „Goldenen Stern“ hielt der Kurverein seine Herbsthauptversammlung. Nach dem Geschäftsbericht war die Kurzeit wegen der schlechten Witterung im Sommer im ganzen nicht besonders günstig. Kurgäste waren es 1926 im ganzen 10 674 gegen 12 274 im Vorjahr; die Gesamtbesucherzahl betrug nach der Fremdenliste 18 488 gegen 17 494 im Vorjahr. Es wurden 18 804 kg alte Bäder weniger abgegeben. Der Durchgangsverkehr hat sich gehoben, der „Wochenendverkehr“ war gering.

Stuttgart, 30. Nov. (Gasvergiftung — Zwei Selbstmorde.) In einem Hause der Sedanstraße wurden eine 89 Jahre alte Frau und ihr 69 Jahre alter Sohn bewußtlos im Bett liegend aufgefunden. Es lag eine Gasvergiftung vor. — In einem Hause der Mönchshaldenstraße verübte ein 77 Jahre alter Mann und in einem Hause der Cannstatterstraße in Obertürkheim eine 41 Jahre alte Frau in der Küche ihrer Wohnungen durch Einatmen von Gas Selbstmord.

Von der Technischen Hochschule. Der Staatspräsident hat die ordentliche Professur für Hebezeuge, Transportanlagen und Baummaschinen an der Technischen Hochschule in Stuttgart dem ordentlichen Professor Dr. ing. Richard Wörnte an der Technischen Hochschule Danzig übertragen.

Messerstecherei. In der Tübingerstraße entstand morgens zwischen mehreren Personen eine Schlägerei, bei der ein 19 Jahre alter Koch, ein 21 Jahre alter Schlosser und ein 23 Jahre alter Gärtner durch Messerstiche zum Teil nicht unerheblich verletzt wurden. Die Täter sind ermittelt und festgenommen.

Offingen OÄ. Waidlingen, 1. Dez. (Schweres Schwein.) Ein diesiger Landwirt schlachtete ein Schwein mit dem sehr kleinen Lebendgewicht von 7½ Zentner. Geschlachtet ergab es 4 Zentner Fleisch und 2 Zentner Speck.

Marbach, 1. Dez. (Gute Beschäftigung in der Möbelindustrie.) In den letzten Wochen haben sich die Aufträge in der Marbacher und Steinheimer Möbelindustrie so gehäuft, daß in vereinzelten Betrieben mit Weberstunden gearbeitet werden muß. Tüchtige Schreiner sind sowohl in Marbach und Steinheim wie auch in anderen Orten der Möbelindustrie stark gesucht.

Wetzheim, 1. Dez. (Tödlicher Unglücksfall.) Montag abend stürzte der 21jährige Sohn Erwin des Dentisten Badtsch auf dem Heimweg von Gmünd nach Wetzheim vom Motorrad und fiel so unglücklich auf einen Randstein, daß er mit zerbrochenem Schädel tot liegen blieb. Seine Schwester, die auf dem Begleitstuhl lag, fiel in einen Acker, verlor das Bewußtsein und erholte sich erst wieder, als ein Fuhrwerk vorüberfuhr.

Kommelobach OÄ. Tübingen, 30. Nov. (Rücktritt des Ortsvorstehers.) Schultheiß Kaiser beabsichtigt, auf 1. März 1927 sein Amt als Ortsvorsteher niederzulegen. Er hat seit 20 Jahren die Geschichte der Gemeinde geleitet.

Tünningen OÄ. Tübingen, 1. Dez. (Brand.) Dienstag früh ist das Anwesen des Landwirts Jaf. Kentscher durch Feuer zerstört worden. Die Abgebrannten sind versichert. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Heilbronn, 1. Dez. (Beseitigtes Verkehrshindernis.) Schneller als erwartet, wurde gestern das letzte Verkehrshindernis der elektrischen Straßenbahn nach Bödingen, das seitige Umsteigen beim Eisenbahnübergang an der Weststraße beseitigt und die gesamte Neuanlage dem Betrieb übergeben.

Vom Bodensee, 1. Dez. (Eine Hyäne in einem Bodensee-Wald.) Bei Schlatt im Turgauer Wald wurde von vier Jägern eine Hyäne erlegt. Das Tier richtete vielfach Schaden an. Man vermutet, daß es sich um eine Hyäne handelt, die vor kurzem aus einem Zirkusunternehmen ausgebrochen ist.

Inbetriebnahme der neuen Bahnstrecke Tittisee-Seebrud. Tittisee, 1. Dez. Die neue Bahnstrecke Tittisee-Seebrud, die dem Feldberggebiet in Tittisee, Seebrud und Schluchsee den Anschluß an die Höllentalbahn Freiburg-Tittisee-Donauwörth vermittelt, wurde heute in Betrieb genommen.

Vom besetzten Gebiet. **Ludwigshafen, 29. Nov.** (Wie sie's machen.) Heute mittag kurz nach 12 Uhr lief ein etwa 28 Jahre alter Mann in „kurzer Witsch“ — die bayerische Tracht — hilfesuchend durch die Kaiser Wilhelmstraße, von der französischen Kaserne herkommend, bis zur Zollhoffstraße. Hier wurde er von zwei französischen Soldaten, die ihn von der Kaserne her verfolgten, eingeholt. Der eine Soldat packte den Deutschen am Arm, während ihm der andere die Bajonettspitze auf den Bauch hielt. Sie schleppten so den Deutschen zur Kaserne zurück. Der Vorfall hatte eine große Menschenansammlung zur Folge. Die beiden Franzosen erklärten der Menge, der Mann habe sich in der französischen Kaserne zur Fremdenlegion gemeldet, sei aber, nachdem er die Unterschrift geleistet hatte, ausgerissen. Die deutschen Behörden haben sich des Falles angenommen.

Walbwirtschaftsfragen.

Am 26. November tagte unter dem Vorsitz des Grafen von Reiberg der Vorstand des Forstwirtschaftsrats der Waldbirtschaftskammer. Im Vordergrund der Besprechung stand die Ausführung der Beschlüsse der letzten Hauptversammlung, die im besonderen den unhaltbaren Zustand in der bestehenden Zollbehandlung, die Kuhhölzer und der auf dem Walde lastenden Steuererhebung, sowie die ungünstige Gestaltung der Eisenbahntarife betrafen. Entsprechende Eingaben und Landesstellen wurden nur teilweise entgegenkommend beantwortet. Bezüglich der künftigen Gestaltung des Grenzverkehrs mit Rundholz zwischen der Schweiz und den südlichen Teilen von Bayern, Württemberg und Baden sollen neue Vorstellungen erhoben werden. Ein Antrag an die württ. Regierung, bei Vergebung von öffentlichen Arbeiten möglichst nur einheimisches Holz zu verwenden, wurde zustimmend beantwortet. Bezüglich der Einheitsbewertung des Waldes wird erwartet, daß die im ersten Feststellungszeitraum 1925/26 aufgetretenen Härten in kommenden Jahren beseitigt werden. Bei der vom Reich betriebenen Felle in der Bewertung konnten unmöglich die dem einzelnen Waldbetrieb eigenen Ertragsverhältnisse genügend berücksichtigt werden. Auf Antrag eines Waldbauvereins sowie einer Reihe waldbesitzender Gemeinden soll der Errichtung eines Pflanzkulturbetriebs im Unterland nähergetreten werden. Einem weiteren Antrag eines Waldbauvereins im Schwarzwald auf Unterlassung eines großen Wegbauprojekts wurde grundsätzlich zugestimmt. Um die bei solchen Wegbauprojekts stets auftretenden Hemmnisse für die Zukunft auszuschalten, soll der Entwurf eines Wegbaugesetzes ins Auge gefaßt werden. Zwecks Förderung der bäuerlichen Waldbwirtschaft soll das von Forstmeister Danneder verfaßte Buch „Der Waldbau“ (zu haben in der W. Kieperschen Buchhandlung in Altensteig) in den Kreisen der Waldbesitzer möglichst verbreitet werden.

Kleine Nachrichten aus allen Welt

26 000 Arbeiter im sächsisch-thüringischen Webereibezirk ausgeperrt. Obwohl die Arbeitgeber im sächsisch-thüringischen Webereibezirk die beschlossene Aussperrung in den Ortsgruppen Glauchau, Merane und Reusstadt an der Ober- um einen Tag verschoben hatten, sind die Arbeitnehmer der freikindenden Firmen Schulpfortuna und Böhler und Engländer in Berga nicht zur Arbeit zurückgekehrt, sodaß die Aussperrung mit Mittwoch früh für das gesamte Gebiet des sächsisch-thüringischen Webereibezirks durchgeführt worden ist. Es sind ungefähr 26 000 Arbeitnehmer von der Aussperrung betroffen.

Der Eilgüterzug München-Berlin entgleist. Mittwoch früh 2 Uhr entgleisten Lokomotive und 28 Wagen des Durchgangseilgüterzuges 6145 München-Berlin auf dem Bahnhof Reichershofen in Oberbayern. Zugführer und Schaffner wurden leicht verletzt. Der Begleiter eines Pferdewagens wurde getötet. Der Schaden ist erheblich.

Handel und Verkehr.

Börsen.
Berliner Börse vom 1. Dez. In der Periode der Inflations- und abwärts gerichteten Dämpfung bei stark eingeschränkter Liquidität, in welche die Börse rasch eingetreten ist, sind die Börsen in den letzten Tagen wieder etwas belebter. In der Anwesenheit der Reichsregierung und des Reichsministers der Finanzen ist die Einigung dahin erzielt worden, daß mit ihrer Friedensnachricht die Börsen durch den Kontrahenten in absehbarer Zeit ausnahmslos endgültig gerichtet werden können, eine starke Anregung. In den hierfür in Betracht kommenden Papieren zeigte sich bei erheblich abgesetzten Kursen stärkere spekulative Kauflust. Von Schiffahrtspapieren liegen Norddeutscher Lloyd um 5 Prozent, Paquetfahrt und Redmos um 6 Prozent, Handelsanteile erhöhten ihren anfänglichen Aufschwung von 10 Prozent auf 18 Prozent, von dem allerdings 4 Prozent wieder verloren gingen. Am Geldmarkt erhielt sich die verhärtete Nachfrage bei Bösen für Leasinggeld von 6,5-8 Prozent und für Monatsgeld von 6,5-7,5 Prozent.
Berliner Produktbörsen vom 1. Dez. Weizen märk. 206-272, Roggen märk. 220-231, Sommergerste 215-245, Wintergerste 190-208, Hafer märk. 174-185, Mais loco Berlin 190-198, Weizenmehl 25 bis 28,25, Roggenmehl 23,25-24, Weizenkleie 12,50-12,75, Roggenkleie 11,80-12,25, Viktoriaerbsen 54-61, H. Sojabohnen 22-26, Futtererbsen 21-24, Tendenz: leicht befristet.
Währte.
Grüßbronner Schlachtmärkte vom 1. Dez. Schlaf: 30 Jungrinder, 14 Rinder, 38 Kälber, 100 Schweine, Erbsen und 1 Zentner Lebensmittel: Jungrinder 1. 51-53, 2. 45-48, Rinder 1. 39-41, 2. 19-21, Kälber 1. 73-74, 2. 64-67, Schweine 1. 78-80, 2. 75-77, A. Marktverkauf: mäßig belebt.
Hilmer Schlachtmärkte vom 30. Nov. Schlaf: 2 Ochsen, 10 Bären, 9 Rinder, 112 Kälber, 148 Schweine, Weizen: Ochsen 1. 62-64, Bären 1. 44-48, 2. 40-42, Rinder 1. 28-32, 2. 18-20, Winder 1. 64-66, 2. 50-52, Kälber 1. 68-70, 2. 62-64, Schweine 1. 70-72, 2. 68 bis 70, A. Marktverkauf: in allen Situationen langsam.

Konturle.
Nachlaß des verst. Benno Kaiser, Kaufmann, Stuttgart, Inh. eines Spezialgeschäfts für verblüdete Bekleidung.

Öffentlicher Sprechsaal.

Erwidernng.
Bei der Julagedewilligung an den Spartaoffenbirektor, die vom Ministerium wieder gestrichen werden mußte, weil sie der Öffentlichkeit gegenüber nicht zu rechtfertigen war, hat man wieder von der Stadt Sparta noch vom Gemeinderat ein Wort darüber hören können, daß kein Geld da sei. Man sieht also: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Zur Befriedigung der Sparter hätte durch die Städte über ihre Organisation „Städtebund“ längst ein gangbarer Weg gefunden werden können, ohne die Gemeindeumlagen zu erhöhen, wenn ein Wille dazu dagewesen wäre. Die 3 Steuernotverordnung hatte den Weg angedeutet: Erfassung der Kriegs- und Inflationsgewinne. Die halbholtschweitschen Enteignungsgehele vom Juli 1925 haben den Passus wieder gestrichen. Warum? — Die Sparter wissen's, die andern auch. Sparterbund.

Antliches.

Vom Oberamtsbezirk Freudenstadt.
Zur Einweihungsfeier des Bezirkskrankenhaus-Neubaus in Freudenstadt am 6. Dezember 1926 gibt Oberamtmann Knapp namens des Bezirksrats folgendes Programm bekannt: 1. Antritt der Festgäste vormittags von 10 bis 15 Uhr an Sammlung vor dem Bezirkskrankenhaus vorm. 10.45 Uhr; 2. Schlüsselübergabe und Ansprache durch die Architekten Euter und Priede und Empfangnahme der Schlüssel mit Ansprache durch den Krankenhausverwalter, Oberamtspfleger Holzäpfel; 3. Eintritt ins Haus / Gesang des Schwelternchors: „Jehova, Jehova deinen Namen“; 4. Begrüßungsansprache des Oberamtsverwaltungs Knapp; 5. Ansprache der Krankenhaus-Verwalters Holzäpfel; 6. Ansprache des Chefarztes Dr. Badenhofer; 7. Ansprache des Vorstandes der Evang. Diakonissen-Anstalt Stuttgart, Pfarrrer Ris; 8. Gesang des Schwelternchors: „Die Himmel rühmen“; 9. Ansprache und Dankgebet des Hausgeistlichen, Stadtpfarrer Böhret; 10. Schlußgesang des Schwelternchors: „Herr deine Güte“. — Daran anschließend Rundgang durch den Krankenhausneubau. Gemeinsames Festessen im Hotel Rappen, nachmittags halb 2 Uhr. (Preis für das Gedeck 1,50).
Zu dieser Einweihungsfeier werden Freunde und Gönner des Bezirkskrankenhaus, insbesondere alle am Krankenhausneubau beschäftigt gemessenen Bauunternehmer und Handwerksmeister von Stadt und Bezirk eingeladen. Anmeldungen zum gemeinsamen Mittagessen sind bis spätestens Donnerstag, abends 6 Uhr, an die Oberamtspflege zu richten.

Letzte Nachrichten.

Die Frage der Rückgabe des deutschen Eigentums.
Washington, 1. Dez. Bei einem Besuch im Weißen Haus stellte der Sprecher des Repräsentantenhauses eine schnelle Erledigung der Vorlage über die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika in Aussicht. Er erklärte, daß die Frage möglicher Weise Weihnachten bereits erledigt sei. Der Haushaltsausschuß des Repräsentantenhauses hat einen entsprechenden Plan für die Befriedigung der mit dem beschlagnahmten Eigentum zusammenhängenden Erfordernisse angenommen. Es würde ein Unterausschuß gebildet, der auf der Grundlage dieses Planes einen Gesetzentwurf ausarbeiten hat.

Der Kampf um das Arbeitszeit-Notgesetz.
Berlin, 2. Dez. Der Reichszugler hat noch gestern abend, entsprechend dem Wunsche der Regierungsparteien, die von diesen vereinbarten Vorschläge zu der Fassung des Arbeitszeit-Notgesetzes den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterbreitet. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, sind diese Vorschläge lediglich von den sozialdemokratischen Vertretern entgegengenommen worden. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird heute dazu Stellung nehmen. Die Blätter halten es für zweifelhaft, ob die Sozialdemokraten sich mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden erklären werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, so würden die Regierungsparteien die von ihnen vereinbarten Vorschläge dem Reichstag in Form eines Initiativgesetzentwurfes unterbreiten, während die Sozialdemokraten den Notgesetzentwurf der Gewerkschaften als eigenen Antrag im Reichstag einbringen würden.

Sozialdemokratie und Reichswehr.
Berlin, 2. Dez. Wie mehrere Blätter melden, haben die Sozialdemokraten gestern die bereits gemeldete Ab-



sicht, Material über gewisse Vorkommnisse bei der Reichswehr zu unterbreiten, wahrgemacht. Der Reichswehrminister hat, den Blättern zufolge, den sozialdemokratischen Vertretern erklärt, daß er eine sofortige Prüfung des Materials veranlassen werde.

Der Wiederaufbau im französischen ehemaligen Kampfgebiet

Paris, 1. Dez. Die Kammer nahm die Budgettitel für Fach- und Fortbildungsunterricht, für die Kolonien und für das ehemalige Kampfgebiet an. Zu dem letzten Punkte erklärte der Berichterstatter, daß der Wiederaufbau große Fortschritte gemacht habe. So seien 541 484 Häuser wieder aufgebaut, 53 165 Kilometer Wege wiederhergestellt, 2361 Kilometer Eisenbahnstrecken wieder betriebsfähig gemacht und 1 815 444 Hektar Boden wieder für die Landwirtschaft erschlossen worden. Für die betreffenden Departements seien dazu nach dem Stand vom 30. November 1926 70 Milliarden Franc Kredite verwendet worden. Minister Lardieu schloß die Debatte über das ehemalige Kampfgebiet mit dem Hinweis, daß der Wiederaufbau schon zu drei Vierteln erfolgt sei.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen in Birkenfeld O. A. Neuenbürg. Sie ist erloschen in Schwamm O. A. Neuenbürg.

Ragold, den 30. Nov. 1926.

Oberamt:

Dr. Rauneder, st. No. Amtmann.

Amtsversammlung.

Am Samstag, den 11. Dezember 1926, vorm. 9 Uhr findet im hiesigen Rathausaal eine außerordentliche Amtsversammlung statt.

Zur Teilnahme berechtigt sind

1. die gewählten Vertreter sämtlicher Gemeinden des Bezirks
2. die nicht zur Amtsversammlung gehörigen Mitglieder des Bezirksrats
3. der Oberamtspfleger.

Stimmberechtigt sind die Stadt Ragold mit 8, die Stadt Altensteig mit 7, die Gemeinden Ebhausen, Haitersbach und Wildberg je mit 2 Stimmen, die Gemeinden Bisingen, Effringen, Engstal, Hünfbronn, Hellshausen, Mindersbach, Obertalheim, Ueberberg und Wart je mit einer Stimme.

Die Tagesordnung geht den Mitgliedern demnächst zu. Ragold, den 1. Dezember 1926.

Oberamt: Haitinger.

Gebäudeverkauf auf den Abbruch.

Die Gebäude auf dem Grundstück der Deutschen Reichspost Ecke St. Annaberg und Wilhelmstraße, werden zum Abbruch an den Meistbietenden verkauft; und zwar das Wohn- und Wirtschaftsgebäude Nr. 111 zur Krone, sowie die Scheuer mit angebauten Schuppen und Gstellergebäude Nr. 111 b. Die Verkaufsbedingungen liegen auf dem Büro des Unterzeichneten zur Einsichtnahme auf und können zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. Angebote sind bis zum 4. Dezember, nachmittags 6 Uhr bei mir mit der Aufschrift „Abbrucharbeiten“ einzureichen, zu welcher Zeit die Öffnung stattfindet. Die Bewerber können der Öffnung betwohnen. Zuschlagsfrist 14 Tage. Altensteig, den 2. Dezember 1926.

Baumeister und Wasserbautechniker:

Carl 91 Armbrust.

Haben Sie

auf Weihnachten zu **Weihnachtsgeschenken**

geeignete Artikel zu empfehlen, so inserieren Sie in der weitverbreiteten



Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“

Inserate

für die Sonntagsnummer bitten wir frühzeitig anzugeben.

Ein Kriegs-Geräte-Gesetz

Berlin, 2. Dez. Der „Völkische Anzeiger“ meldet, daß sich das Reichskabinett in den nächsten Tagen mit einem Gesetzentwurf befassen werde, der unter dem Namen eines „Kriegs-Geräte-Gesetzes“ die Ausfuhr von Waffen, Waffenteilen und Kriegsmaschinen verbieten will.

Kreditgesuch der Firma Krupp im Reichskabinett

Berlin, 1. Dez. Das Reichskabinett befaßte sich in seiner heutigen Sitzung neben einigen laufenden Angelegenheiten mit einem in den letzten Tagen eingegangenen Kreditgesuch der Firma Krupp in Essen. Die Reichsregierung sah in der Gewährung einer Reichsanleihe aus grundsätzlichen Erwägungen keine brauchbare Lösung zur Beseitigung der offensichtlich besonders starken Notlage, jedoch wird die Reichsregierung durch die zuständigen Ressorts mit der Firma Krupp und der Stadt Essen wegen etwaiger sonstiger noch möglicher Hilfsmaßnahmen sofort in Verbindung treten.

Einweihung des Fährschiffes „Schwerin“

Warnemünde, 1. Dez. Heute erfolgte die offizielle Einweihung des neuen Fährschiffes „Schwerin“ für die Fährstrecke Warnemünde Gjedder durch den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft Dr. Dorpmüller.

Gefängnisstrafe für Fundunterschlagungen

Berlin, 1. Dez. Das Schöffengericht verurteilte den Kraftwagenführer Horneber wegen Fundunterschlagung zu sechs Monaten Gefängnis. Er hatte eine Aktentasche mit 53 000 Mark, die zwei Beamte des Auswärtigen Amtes in seinem Wagen hatten liegen lassen, nicht abgeliefert. Der Angeklagte legte Berufung ein.

Eine Familie durch Typhus dahingerafft

Luzern, 1. Dez. In dem Dorfe Schönenen bei Prüm wurden innerhalb einer Woche fünf Mitglieder der Familie eines Wachtmeisters durch Typhuserkrankungen dahingerafft. Nur ein Sohn blieb am Leben.

Amerikanische Prohibitionsbeamte von Schmugglern gefangen genommen

Mobile, Alabama, 1. Dez. Ein Beamter der Prohibitionsbehörde von New Orleans und der Heizer eines Motorbootes wurden von der Mannschaft eines französischen Schiffes, das Alkoholkontrebande an Bord führte, gefangen genommen. Ein Küstenwachtschiff ist abgefangen worden, um die beiden Beamten zu befreien.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Venzl
Druck und Verlag der W. Klotz'schen Buchdruckerei, Altensteig

Ragold.

Bieh-Verkauf.

Morgen Freitag, von morgens 8 Uhr ab, haben wir wieder eine große Auswahl



schöne, trüchtige

Kalbinnen

in unseren Stallungen in Ragold zum Verkauf stehen, wozu Kauf- und Tauschliebhaber einladen

Friedrich Rahn & Max Laffar.

Federnreinigung Mittwoch

Anmeldung der Anzahl der Bettstücke oder Gewichtsmengen zw. 1/28 Zeiteinteilung erbeten. Bettstücke, die wieder Verwendung finden sollen, sind mindestens 40 cm weit aufgetrennt zu bringen.

Reinhold Hoyer, Altensteig

Altensteig

Morgen vormittag (Freitag) treffen ein:



la. Scheiffische

1 Pfd. 40 Pfa.

la. Scheiffische

große 1 Pfd. 50 Pfa.

la. Seelachs

ohne Kopf 1 Pfd. 45 Pfd.

bei

Chr. Burghard jr.

Altensteig

Blumen-Krippen

weiß lack.

mit extra starkem Einfaß empfiehlt äußerst preiswert

J. Wurster Nachf.

Eine gute

A. h. u. Fahrkuh



unter zwei die Wahl, hat zu verkaufen

Karl Schraft, Oberfäger, Nonnenmiff.

Bestellungen auf

la. fette

Gänse

nimmt bis spätestens Samstag, den 4. Dez. entgegen

Konsum- u. Sparverein Ragold und Umg. e. B. m. b. H.

Flanelle

karriert, gestreift und einfarbig, sowie

Sportflanelle

und fertige Sporthemden

kaufen Sie gut und billig bei

Jakob Hauselmann, Simmersfeld.

Altensteig.

Zwei noch sehr gut erhaltene messingbeschlagene

Chaisen-Geschirre

hat im Auftrag preiswert zu verkaufen

W. Hensler, Sattler und Tapezier.

Einige Wagen guten

Dung

zu kaufen gesucht.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Bei Influenza

Husten, Heiserkeit, Verschleimung Bronchialkatarrh Asthma, Auswurf, Schlaflosigkeit trinke man nur Tee „OPSI“. Löwen-Drogerie Harren, Altensteig.

Spielberg.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns während der Krankheit und bei dem Hinscheiden unserer lieben Gattin und Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Anna Maria Gall geb. Stadel

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Keppler, für den erhebenden Gesang des Jungfrauenvereins, für die vielen Kränze, sowie für die überaus zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank die trauernden Hinterbliebenen.

Käse billiger! direkt ab Fabrik.

Holländer Art	9 Pfd.	Mark 5.20
Holl. Tafelkäse (Brotform)	" "	5.40
Lüfter Art (belilat)	" "	6.-
Edamer Art (prima)	" "	6.-

Alle Sorten werden in meiner Fabrik aus bestem Rohmaterial hergestellt. Porto und Verpackung frei.

Otto Damm, Käsefabrik, Hamburg 21, A 74.



1/2 Pfd. 50 Pf.

